



uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

„Wir fordern die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft“

Wir reichen heute eine Verfassungsinitiative ein, mit dem Ziel eine möglichst breite Diskussion in der Öffentlichkeit über unsere Ernährung, über Landwirtschaft und über deren politische Zusammenhänge zu führen.

Wir wollen diese Debatte anstossen, damit unsere Verfassung nicht zur Totgeburt verkommt.

Es geht also um nicht weniger als um die Verfassung um den Zustand - von uns allen! Es geht um Nahrung, es geht um Menschen, auch um soziale Gerechtigkeit mit fairen Löhnen und fairen Preise. Wir brauchen planetentaugliche Lösungen! Das ist eigentlich längst unbestritten – auch angesichts der weltweiten Hungerkrisen und der vielen Menschen, die von ihrem Grund und Boden vertrieben werden. Darum sprechen wir auch über den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft:

Um eine bäuerliche Landwirtschaft zu fördern, machen wir konkrete Vorschläge. Die aktuelle Agrarpolitik fördert - ganz nach dem Dogma „wachsen oder weichen“ – weiterhin eine zerstörerische Wachstumsstrategie.

Der sogenannte freie Markt hat ausgedient. Wir glauben auch nicht an die neoliberale Freihandelspolitik von Bundesrat Schneider-Ammann. Wir sind der Meinung, dass der Handel – gerade der Handel mit Nahrungsmitteln - sehr wohl Regeln und Regulierungsmöglichkeiten braucht. Wir stellen Strategien vor, die die bäuerlichen Familienbetriebe und neue Formen von kollektiven Zusammenschlüssen ernst nehmen und ihnen einen wichtigen Stellenwert geben.

Wir wissen und es ist längst bewiesen: Die bäuerliche Landwirtschaft ist flexibel und hat die Fähigkeit, lebende Ressourcen wie Tiere und Pflanzen mit Hilfe von Sonnenenergie auf der Bodengrundlage nachhaltig zu nutzen. Die industrielle Landwirtschaft dagegen verbraucht mehr Ressourcen, als dass sie



schliesslich produziert. Dies auch, weil die langfristigen negativen Folgen dieser Art von Produktion nie mit einberechnet werden. Ein Grossteil der Schweizer Bevölkerung wünscht sich eine bäuerliche Landwirtschaft und ist auch bereit, diese zu unterstützen.

Komplexe Probleme können nur mit einem vernetzten Denken angegangen werden, einzig so kommen wir den Lösungen näher. Wir können z.B. nicht einfach auf Ökologie setzen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Gegebenheiten ausser Acht lassen. Wir können nicht die Arbeitslosigkeit durch Wirtschaftswachstum bekämpfen, wenn wir dabei unsere ethischen und sozialen Grundsätze über Bord werfen. Wir können nicht eine Überproduktion fördern und gleichzeitig den Preiserfall kritisieren. Deshalb braucht es Instrumente – wie z.B. Mengensteuerung und Markttransparenz – um die Ursachen

offenzulegen und anzugehen.

Wir fordern deshalb Ernährungssouveränität – ein Konzept der weltweiten Bewegung von La Via Campesina – weil dieses Konzept von Bäuerinnen und Bauern des Südens gemeinsam Bäuerinnen und Bauern des Nordens – entworfen wurde. Wenn wir über unseren Tellerrand hinaus blicken, können wir solidarische Lösungen finden. Wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft erhalten, hier aber auch weltweit, die mit dem Boden verbunden ist und den lokalen Besonderheiten angepasst ist, werden wir die grossen Krisen meistern können.

Ulrike Minkner, Vizepräsidentin Uniterre

Bilder: Demir Sönmez



Initiative

Ernährungssouveränität

Seite 1-7



Palmöl

Freihandel mit Malaysia

Seite 8

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

«Die Debatte zur Agrarwende ist lanciert»

Seit einigen Jahren wird in unserem Land intensiv über die Energiewende diskutiert. Mit der Einreichung von vier Initiativen zur Landwirtschaft innert einem einzigen Jahr wird in der Schweiz ein neuer, tief greifender Denkprozess zur Zukunft des ländlichen Raums angestossen. Das ist eigentlich erstaunlich, zumal in einem Land, das die Agrarpolitik alle vier Jahre bespricht und neu festlegt. Das Phänomen lässt sich damit erklären, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Täuschungsmanöver durchschauen, mit denen wichtige Fragen abgehandelt werden.



Im Februar 2013 hat das Schweizer Volk eine Änderung des Raumplanungsgesetzes akzeptiert, damit der Boden sparsam verwendet wird. Aber die Umsetzung trifft auf heftigen Widerstand. Die Zubetonierung von gutem Landwirtschaftsland geht weiter. Die Bagger sind schneller als die Anwendung des Gesetzes.

Das dominierende Modell, das die menschliche Arbeitskraft im Namen der Wettbewerbsfähigkeit zunehmend mit Chemie und schwerer Mechanisierung ersetzt, ist schädlich. Dieses Modell ist absolut unfähig, faire Löhne zu produzieren oder eine nachhaltige Landwirtschaft zu bewahren.

in der Luft und im Boden entstanden sind. Wegen dieser fehlenden Aufmerksamkeit müssen wir jetzt unter Zeitdruck handeln. Doch trotz der Dringlichkeit bleiben die nötigen Entscheide aus.

Das Ausbleiben einer glaubwürdigen Botschaft der Regierung führt zum Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Das ist Warnung und Chance zugleich.

Fernand Cucho

Die Unterzeichnenden der Initiative für Ernährungssouveränität drücken ihre berechtigte Sorge aus. Die nun lancierte Debatte über die Agrarwende zwingt uns, die Schwere der Lage abzuwägen.

In den letzten 30 Jahren ist die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitsstellen verschwunden. Wir müssen diese Tendenz umkehren, um das Gleichgewicht zwischen bewirtschafteter Fläche und der Anzahl beschäftigter Personen wieder herzustellen. Das ist die erste Bedingung, um hochwertige, regionale Lebensmittel zu produzieren, die natürliche Fruchtbarkeit der Böden zu verbessern, die Wasserqualität zu bewahren und die Biodiversität zu schützen.

Der Einsatz von chemischen Hilfsmitteln und Handelsdünger machte spektakuläre Produktionssteigerungen möglich. Dank solchen Produkten wurde die Landwirtschaft von vielen mühsamen Arbeiten erlöst, wie zum Beispiel dem Jäten von Hand.

Die jüngsten Entwicklungen unserer Agrarpolitik weisen darauf hin, dass die Wahrheit langsam in das öffentliche Bewusstsein vordringt. Doch die getroffenen Entscheide sind noch lange nicht ausreichend. Wie bei der Energie sind auch die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln an einen Wendepunkt gelangt.



Bild: Werner Fessler



ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Eine Landwirtschaft die faire Löhne und eine sozial nachhaltige Entwicklung für alle garantiert!“

Mit dem Einreichen der „Volksinitiative für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle“ wird eine Debatte über alle Akteurinnen und Akteure lanciert, die unsere Lebensmittel produzieren! Die Initiative fordert für alle Landarbeiter/ innen, Bäuerinnen und Bauern würdige Lebensbedingungen. Und sie fordert, dass wieder mehr Erwerbstätige in der Lebensmittelproduktion arbeiten.

Die Initiative lanciert eine notwendige, ja vordringliche Debatte, die gleichzeitig einen grundsätzlichen, gesellschaftspolitischen Entscheid beinhaltet:

Zurzeit werden durch die Industrialisierung der Landwirtschaft Millionen von kleinen Produzentinnen und Produzenten von ihrem Land verjagt. Viele haben danach keine Wahl, sie müssen als billige Arbeitskräfte für die Grossgrundbesitzer schuften, die sich das Land ruchlos aneignen und nur dem Profit hinterherjagen. Das Leid der Migrantinnen und Migranten, den „modernen Sklaven“, die namentlich in der industriellen Früchte- und Gemüseproduktion arbeiten, ist in ganz Europa dokumentiert.

Unsere Volksinitiative fordert ein Gesellschaftsmodell mit einer regionalen, rentierenden, respektvollen und umweltfreundlichen Landwirtschaft. Sie soll faire Löhne und eine sozial nachhaltige Entwicklung für alle garantieren!

Die Auswirkungen dieser Initiative gehen weit über die Schweizer Grenzen hinaus: Die vielen Menschen, die unfreiwillig auswandern müssen, weil sie ihrer Lebensgrundlage und Zukunft beraubt worden sind, gehen uns etwas an. Wenn Migrantinnen und Migranten als billige Arbeitskräfte ohne Grundrechte missbraucht werden, widerspricht das allen Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft. Dennoch geschieht es auch in der Schweiz. Die schweizerische Gesetzgebung für landwirtschaftliche Angestellte ist äusserst lückenhaft. Es gibt weder einen Gesamt- noch einen Normalarbeitsvertrag, zudem ist die Landwirtschaft nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt. Das erklärt die vielen Missbräuche und die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten.



Wir unterstützen diese Initiative, um Arbeitsbedingungen zu schaffen, die der Aufgabe der Landwirtschaft – die Ernährung der Bevölkerung – würdig sind. Und damit die Grundrechte aller Beteiligten gewahrt bleiben.

*Philippe Sauvin,
l'autre syndicat, Mitglied La Via Campesina
Plateform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft*

„Wenn die Ernährungssouveränität in einer Ecke der Welt Fortschritte macht, nützt dies auch der weltweiten Bewegung“



Harare, 21. März 2016. Es ist fast 10 Jahren her, als sich in Mali, im Dorf Nyéléni, mehr als 500 Delegierte aus über 80 Ländern versammelt haben. Es waren Vertreterinnen und Vertreter von Bauernorganisationen, traditionellen Fischerleuten, indigenen Völkern,

Landlosen, Landarbeitenden, Migrantinnen und Migranten, Hirtenvölkern, Gemeinschaften, die in Wäldern leben, Frauen, Jugendlichen, Konsumentinnen und Konsumenten, urbanen Bewegungen und Umweltorganisationen. Gemeinsam haben sie die Erklärung von Nyéléni geschrieben, die sich an den Grundsätzen der Ernährungssouveränität orientiert und geltend macht, wie wichtig es ist, dass alle zusammenarbeiten, damit die Ernährungssouveränität „als Menschenrecht betrachtet und von den Gemeinschaften, den Völkern, den Staaten und den internationalen Institutionen gefördert und respektiert wird“.

In den Jahren nach dem Forum von Nyéléni wurden auf zahlreichen Ebenen Initiativen für die Anerkennung der Ernährungssouveränität ergriffen. Dabei hat sich gezeigt, dass es höchst schwierig

ist, die Ernährungssouveränität in offizielle Texte zu übertragen, ohne Teile des Sinngehalts zu verlieren.

Aus diesem Grund begrüsst La Via Campesina ausdrücklich die Initiative ihrer beiden Schweizer Mitglieder Uniterre und l'autre syndicat, die mithilfe einer breiten Allianz genügend Unterschriften gesammelt haben, damit das gesamte Schweizer Stimmvolk innert der nächsten drei Jahre über die Ernährungssouveränität abstimmen kann. Bei dieser Abstimmung wird es darum gehen, einen Artikel zur Ernährungssouveränität in die schweizerische Verfassung aufzunehmen.

Das ist ein ausserordentlich wichtiges Ereignis, denn sollten genügend Schweizerinnen und Schweizer dieser Änderung zustimmen, wäre die Schweiz das erste

Land auf der nördlichen Halbkugel, das seine Verfassung und also auch seine Agrarpolitik ändert, um eine bäuerliche, regionale Landwirtschaft zu fördern, mehr Fairness in den internationalen Handel zu bringen, die Wünsche der Bevölkerung zu beachten und andere Regionen zu respektieren. Es ist eine gewaltige Aufgabe, die Ernährungssouveränität mit allen ihren Aspekten verbindlich festzuhalten.

Der Bauern- und Bäuerinnengewerkschaft Uniterre, l'autre syndicat und der Allianz für Ernährungssouveränität steht nun eine lange Sensibilisierungskampagne bevor. Als internationale Bewegung wird La Via Campesina die weitere Entwicklung dieser Initiative eng mitverfolgen und unterstützen.

La Via Campesina

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

„Wir verzichten auf GVO und öffnen dafür der Agrarökologie die Tür“

Fünf der Probleme, die weltweit am meisten zu reden geben, sind: der Verlust an Biodiversität im Allgemeinen und an Agrobiodiversität im Speziellen; die Klimaveränderungen; der Hunger und die Unterernährung; die Armut; das Wasser. Dem Saatgut fällt innerhalb dieser fünf Probleme eine besondere Bedeutung zu, denn es bildet die Grundlage des Ernährungssystems. Der freie Zugang zu genetischen Ressourcen ist deshalb eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der fünf grossen Probleme, denn in Zukunft werden wir unsere Nahrungsmittel in einem schwierigen, sich stark verändernden Umfeld produzieren müssen.



Seit Beginn der 80er-Jahre machen wir jedoch Rückschritte: Grosse, industrielle Gruppen auf dem Gebiet der Chemie haben massiv in den Saatgutmarkt investiert und wuchsen zu den riesigen Agrochemiekonzernen an, die wir heute kennen. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts haben sechs Konzerne die Kontrolle über 75 % des Marktes für Saatgut und Pflanzenschutzmittel übernommen, indem sie in weniger als 20 Jahren über 200 Konkurrenten aufgekauft haben. Letztes Jahr haben Dow und DuPont fusioniert und eben erst, im Februar 2016, haben wir erfahren, dass ChemChina, ein staatliches Unternehmen, Syngenta für die stolze Summe von 43 Milliarden Dollar übernommen hat. So wird uns die Kontrolle über unser Saatgut genommen, also auch die Kontrolle über unser Ernährungssystem, die Völker verlieren ihre Ernährungssouveränität. Henry Kissinger sagte das so: „Wer das Erdöl kontrolliert, beherrscht die Staaten, wer die Lebensmittel kontrolliert, beherrscht die Völker“.

Die Staaten sollten reagieren, aber

sie sind zu sehr damit beschäftigt, eben diesen Konzernen wirtschaftlich vorteilhafte Rahmenbedingungen zu schaffen, obwohl diese im Gegenzug kein Reichtum generieren, sondern negative Externalitäten, die letztlich von der Gesellschaft getragen werden müssen und uns ärmer machen. Die eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich hat diese Mechanismen durchschaut und schreibt in ihrem letzten Bericht zu neuen Pflanzenzüchtungsverfahren: „Führen bestimmte Verfahren und Produkte zu einer faktischen Verdrängung und Einschränkung einer diversifizierten Saatgutproduktion und damit der Agrobiodiversität, dann ist der Staat moralisch verpflichtet, alle nötigen Massnahmen zu ergreifen, um die Grundlagen einer vielfältigen Nahrungsmittelproduktion langfristig zu erhalten.“ Und sie empfiehlt: „Massnahmen zur Beschränkung des geistigen Eigentums an Saatgut und der betreffenden Rechte ins Auge zu fassen, wenn solche Ansprüche auf geistiges Eigentum dazu führten, die

Agrobiodiversität als Grundlage der Nahrungsmittelproduktion ernsthaft zu gefährden.“

Die Initiative für Ernährungssouveränität packt dieses Problem an und fordert, dass den Bäuerinnen und Bauern das Recht auf Nutzung, Vermehrung, Austausch und Vermarktung von Saatgut in der Verfassung gewährleistet wird. Artikel 4 verbietet zudem in der Landwirtschaft den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren. Diese beiden Vorschläge wurden von der Bevölkerung sehr gut aufgenommen, was wieder einmal zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer noch gegen GVO und die Patentierung von Lebewesen ist.

In einer klar kommerziellen Logik haben sich die Agrochemiekonzerne den Markt für Saatgut angeeignet, damit sie ihre todbringenden Chemieprodukte besser verkaufen können. Es ist kein Zufall, dass nach 30 Jahren Forschung 99 % aller gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) im Handel Pestizidpflanzen sind, also Pflanzen, die Pestizide entweder tolerieren oder selber insektizide Gifte absondern.

GVP wurden in den Handel gebracht, damit es den Bauern leichter fällt, ein ultra-produktives Modell zu übernehmen. Heute wie vor 20 Jahren verspricht man uns die Schaffung von Wunderpflanzen, um die Technologie zu rechtfertigen. Doch die schädlingsresistenten GVP werden nur neue Super-Schädlinge hervorbringen. Humanitäre GVP (mit Vitamin A angereicherter Reis oder Bananen) fördern nicht nur ein nachteiliges Produktionsmodell – die Monokultur – sondern verstärken Mangelerscheinungen, die für viele Menschen tödlich enden. Die Produktivität der industriellen Agrarsysteme kostet einen sehr hohen Preis in Sachen Energie, Umwelt und Soziales – und der Einsatz der Gentechnik fördert dieses Modell, das auf einem kurzfristigen, stark vereinfachenden und veralteten Verständnis der Landwirtschaft beruht. Es bekämpft die Symptome, anstelle der Ursachen, die zu den Ungleichgewichten in unseren Agrarsystemen geführt haben. Deshalb bringt die Gentechnik auch nach 30 Jahren Forschung und vielen Milliarden keine Lösungen für die

Landwirtschaft hervor. Sie schafft nur schlecht angepasste Produkte, welche die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern gegenüber einer patentierten, kapitalverschlingenden Technik verstärken. Keine dermassen ineffiziente Technologie wurde jemals so stark subventioniert!

Es ist dringend Zeit für eine Agrarwende, wie sie von Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch von Expertinnen und Experten auf der ganzen Welt gefordert wird. Die gute Nachricht ist, dass es Lösungen gibt und dass wir GVO nicht brauchen. Wir brauchen „nur“ Agrarökologie, Bäuerinnen und Bauern. Wo immer Agrarökologie eingesetzt wird, hat sie Erfolg. Sie ermöglicht gute Erträge ohne Pestizide, ohne chemische Dünger. Sie sorgt für stabile Erträge und diversifizierte Einkommen für die Bauernfamilien. Mit ihr sind Produktion und Umweltschutz keine Gegensätze, denn die Ökologie ist Bestandteil der Produktion.

Auch Agrarökologie ist auf Innovation und Forschung angewiesen, doch es handelt sich dabei hauptsächlich um das Wissen um Anbautechniken, Arten und Sorten, um natürliche Prozesse, nicht um technische Innovationen, die in klinischen Laboratorien erfunden und patentiert werden. Agrarökologie basiert auf lokal angepasster Erfahrung und ist frei zugänglich. Diese Forschung braucht keine hohen Kapitalinvestitionen. Wenn wir auf GVO verzichten, öffnen wir damit die Türen für andere Lösungen. Die Schweiz kann nicht überall mitspielen, aber sie sollte bei der Umsetzung von innovativen und ökologischen Agrartechniken eine Pionierrolle einnehmen. Unsere Initiative zielt deshalb darauf ab, der Landwirtschaft von Morgen neue Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Agrarpolitik und die Forschung besser auf die Bedürfnisse der Bäuerinnen und Bauern, der Konsumentinnen und Konsumenten ausgerichtet werden können.

Luigi D'Andrea, Schweizerisches Bündnis für eine Landwirtschaft ohne Gentechnologie - StopOGM

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Ernährungssouveränität heisst auch Vertragslandwirtschaft

Zusammengefasst bedeutet Vertragslandwirtschaft Wir für uns. Wir, Konsumenten und Produzenten, sorgen zusammen für unsere Nahrung, indem wir uns zusammenschliessen in unseren Bedürfnissen und Möglichkeiten, unsere Ressourcen an Wissen, Arbeitskraft und Boden bündeln, einen Teil unserer Energie und Kraft für dieses Ziel einplanen und einbringen und die Risiken untereinander aufteilen. So entstehen souveräne lokale Kreisläufe, die unsere Ernährung, eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen, sichern



unsere Lebensgrundlage, welches die Landwirtschaft ist, nicht dienlich sein, sich in die Abhängigkeit von Geld und wenigen Grosskonzernen als Global Player zu begeben, oder auf eine industrialisierte Landwirtschaft zu setzen, die abhängig ist vom Erdöl im Bezug auf den Einsatz von Maschinen, Düngemittel, Pestizide, und Transporte und dabei noch den Boden als Lebensgrundlage zerstört. Vertragslandwirtschaft mit lokalen, regionalen, nachhaltigen Kreisläufen bringt uns unserer Nahrung wieder näher, macht uns unabhängig vom Geld und der Entwicklung des globalen, sehr volatilen Wirtschaftssystems.



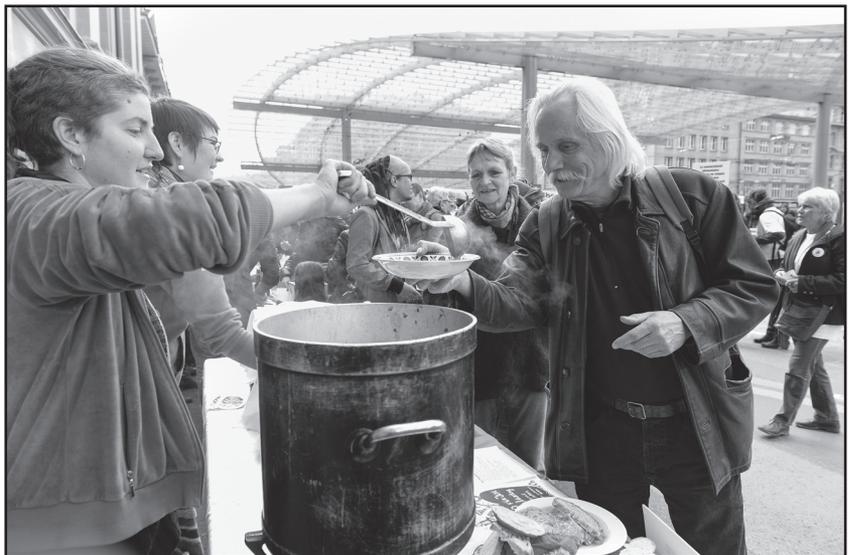
Souveränität im Bezug auf die eigene Nahrung in Form einer tragenden, lokalen Gemeinschaft macht Sinn.

Sieglinde Lorz, Unternehmensberaterin Bern und aktiv bei der Vertragslandwirtschaft Radiesli in Worb.

Bisher haben sich zwei Formen der Vertragslandwirtschaft etabliert. Produzenten und Konsumenten schliessen sich in einem Verein zusammen, bestimmen gemeinsam, welche Pflanzen angebaut werden, ihre Menge und deren Preis. Die Risiken werden gemeinsam getragen. Ein Beispiel dafür ist der Verein Soliterre in Bern. Oder Menschen schliessen sich genossenschaftlich zusammen, pachten ein Feld und bauen gemeinsam ihr eigenes Gemüse an. Hier können als Beispiel Ortoloco für Zürich oder Radiesli für Bern genannt werden. In beiden Modellen wird das Gemüse wöchentlich mit einer Gemüsetasche in Depots verteilt, wo diese dann von den Einzelnen abgeholt wird.

Konsumenten können direkt mitbestimmen und haben garantierte Qualität. Die Risiken werden geteilt. Die Gemeinschaft wird gefördert. Der Zusammenhalt und das Verständnis füreinander werden grösser. Aus gegenseitiger Abhängigkeit wird gegenseitige Unterstützung. Die Souveränität, sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten, wird gefördert und gestärkt. Wir kommen unserer Lebensgrundlage - dem Essen - wieder näher. Durch diesen neuen Blickwinkel wird auch die Nachhaltigkeit gefördert. Denn der Fokus geht weg vom Kontakt über die Präsentation und den Preis der Ware im Supermarkt, hin zu dem Entstehungsprozess, welcher den Boden, den Arbeiter, die Umwelteinflüsse, die Samengrundlage, die Verpackung, Lagerung und den Transport der Produkte miteinbezieht und uns diesen näher bringt. Grundsätzlich werden hier keine Lebensmittel mehr verschwendet. Alles wird geerntet, genutzt und verteilt, weil nichts mehr aufgrund von Grösse, Form oder anderen ästhetischen oder logistischen Kriterien aussortiert wird. Der Ertrag pro Quadratmeter steigt entsprechend und ist ein Gewinn für alle.

Menschen, die sich für Vertragslandwirtschaft einsetzen, sind interessiert daran, regionale Produkte zu essen, Sicherheit zu haben im Bezug auf die Qualität der Produkte, wollen Vielfalt fördern und ökologisch sinnvoll und nachhaltig handeln. Wer sich selber nicht direkt am Anbau beteiligen möchte oder verbindlich dazu verpflichtet kann, wählt eher das erste Modell. Zweites ist für Mensch interessant, welche sich selber versorgen wollen, aber als Einzelne die Voraussetzung dafür nicht mitbringen, dafür aber zusammen in einer Gemeinschaft mit anderen dies umsetzen können.



Gemüsegärtner/in (60 - 100%) gesucht

Wir suchen eine zuverlässige und engagierte Person, die mit uns die **Verantwortung** für den vielfältigen Gemüseanbau auf dem Eulenhof tragen möchte! Dein Engagement und Deine Einstellung sind für uns entscheidend.

Wir sind dabei eine solidarische Landwirtschaft aufzubauen und betreiben ferner einen Hofladen sowie einen Marktstand. Schau vorbei, persönlich oder auf unserer Website: www.eulenhof-moehlin.ch

Wir freuen uns auf Dich!



Eulenhof
Schaufelgasse 34a
4313 Möhlin
Telefon: 061 851 34 16
tabea.muenger@eulenhof-moehlin.ch

Vorteile für Bauern, Konsumenten und Natur

Die Vorteile dieser Modelle sind vielfach. Die Produzenten haben Sicherheit im Bezug auf den Lohn für ihre Arbeit. Die

Unabhängigkeit vom globalen Geldsystem und dem Erdöl

Wir leben heute in einem globalisierten Wirtschaftssystem, das Produktion und Handel weltweit ausgedehnt und verstreut hat. Der Mittler ist Geld. Das mag in gewissen Bereichen sinnvoll und dienlich sein, doch Geld könne wir nicht essen. Also kann es im Bezug auf

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

„Die Debatte, die von dieser Initiative ausgelöst wird, stellt richtige und wichtige Fragen und wir werden uns konsequent dafür einsetzen, dass die Kirchen an dieser Debatte aktiv teilnehmen“



Unser Verein vertritt in allen Kirchen den Sinn und die Würde der Arbeit.

Die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern ist von besonderer Bedeutung, denn sie gibt uns das Brot, um das wir Christen bitten: „Unser täglich Brot gib uns heute“.

In der Landwirtschaft muss die Produktion dem Bedarf gerecht werden und qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen, sie muss sich in eine gesunde Umwelt einordnen und eine gesellschaftliche Rolle erfüllen, so müssen auch alle Produktionskosten anständig bezahlt und entlohnt werden.

Die Kirche lehrt uns, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu würdigen, aber in unserer Gesellschaft braucht es viel, damit sie Gehör finden. Aus diesem Grund hat unser Waadtländer Verband – er steht der reformierten Kirche nahe, ist jedoch autonom – beschlossen, gemeinsam mit der Gewerkschaft UNITERRE hierherzukommen, um ihr Anliegen unserem Land und insbesondere der Kirche näherzubringen.

Die Initiative von UNITERRE zählt die verschiedenen persönlichen, strukturellen, materiellen, ökonomischen und sozialen Bedingungen auf, die es in unserem Land braucht, damit die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern respektiert wird. Die Debatte, die von

dieser Initiative ausgelöst wird, stellt richtige und wichtige Fragen und wir werden uns konsequent dafür einsetzen, dass die Kirchen an dieser Debatte aktiv teilnehmen.

Das bäuerliche Leben hat besondere Qualitäten und Bedürfnisse, die von den globalisierten Handelsgesetzen tendenziell zerstört werden. Es braucht dringende Menschen, die gegen den Strom schwimmen, um diese besonderen Qualitäten und Bedürfnisse beschützen.

Es wird nicht einfach sein, die Märkte in unserem Land so zu organisieren, dass alle Bäuerinnen und Bauern ihre Erzeugnisse zu anständigen Bedingungen verkaufen können. Wir müssen eine Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugen, dass die Würde der Produzentinnen und Produzenten wichtiger ist, als die kommerzielle Logik.

Als engagierte Christen für die Arbeitswelt werden wir die anstehende Überzeugungsarbeit gemeinsam mit Euch tragen. Nur Mut, Bäuerinnen und Bauern, Verteidigerinnen und Verteidiger unserer Ernährungssouveränität!

*Pierre Farron und
Jean-Pierre Thévenaz,
Eglise et Monde du Travail*

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Nein zur Konzerndiktatur – Ja zur Ernährungssouveränität!

Mit der neoliberalen Wende in den 80er Jahren setzte auch im Bereich Landwirtschaft eine Liberalisierungswelle im Interesse der grossen Agrarfirmer ein, die zerstörerische Konsequenzen für Mensch und Natur hat. Zahlreiche südliche Länder wurden gedrängt Schutzzölle abzubauen und ihre Märkte zu öffnen, damit die oft selbst hochsubventionierten Grosskonzerne, meist aus den USA oder Europa, neue Absatzmärkte finden.



Diese Politik hatte und hat auch für die Landwirtschaft im Norden verheerende Auswirkungen. Der ungerechte Freihandel beschleunigte den Strukturwandel und vergrösserte die Ungleichheit. Auch nimmt die Intensivierung der Landwirtschaft zu, der Einsatz von Gentechnik wird immer salonfähiger und die Arbeitsbedingungen geraten zusätzlich unter Druck. Weltweit profitieren davon nur ein paar wenige.

Heute droht neues Ungemach: Nach dem Scheitern der Doha-Runde wegen massiver Proteste suchten die Multi neue Wege, um die Weltlandwirtschaft komplett zu liberalisieren. Aktuell verhandeln die Europäische Union und die USA hinter verschlossenen Türen über das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). TTIP rollt den Grosskonzernen den roten Teppich aus und würde durch die Einführung von Schiedsgerichten die Souveränität der Demokratien massiv einschränken. Neu könnten Konzerne jedes Gesetz, das ihren Profit schmälert, über diese Schiedsgerichte zu Fall bringen.

Der Wirtschaftsverband Economie-suisse verlangt den raschen Anschluss der Schweiz an TTIP. Aber auch ohne Anschluss hätte das Abkommen enorme Auswirkungen auf die Schweiz. Unter Druck kämen Arbeitsbedingungen, Service Public, Datensicherheit, Gesundheit und

eben auch die Landwirtschaft.

Genau deshalb ist es wichtig, dass wir uns jetzt gegen den entfesselten und unsozialen Freihandel zur Wehr setzen. Mit der Initiative für Ernährungssouveränität tun wir genau das. Die Initiative würde auf Verfassungsstufe lokale landwirtschaftliche Kreisläufe, ein Verbot von Gentechnik, faire Arbeitsbedingung und das Recht auf Selbstbestimmung im Nahrungsmittelbereich für alle Völker festschreiben.

Damit ist die Initiative nicht nur ein Gebot der Stunde für eine gerechtere und ökologischere Schweizer Landwirtschaft, sondern auch ein Prellbock im Kampf gegen die drohende Konzerndiktatur und für die internationale Solidarität.

Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz



Bild: Werner Fessler



FREIHANDEL

Handelsvertrag mit Malaysia: Kein Zollabbau für Palmöl

Anlässlich der im März beginnenden sechsten Verhandlungsrunde mit Malaysia fordert eine breite Koalition schweizerischer Organisationen[1] vom Bundesrat, Palmöl vom Freihandelsabkommen auszuschliessen. Denn der Anbau geht oft mit der Zerstörung von Regenwald und dessen Biodiversität sowie der Missachtung der Menschenrechte einher. Ein durch das Abkommen herbeigeführter Zollabbau auf nicht nachhaltig produziertes Palmöl würde diese Probleme weiter verschärfen und sich auch für die Ölsaatenproduktion sowie die Gesundheit der Schweizer KonsumentInnen als nachteilig erweisen.



Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen

Die rasante Ausdehnung malaysischer Palmölplantagen führt insbesondere auf der Insel Borneo zur grossflächigen Abholzung des Regenwalds, die durch eine gesteigerte Nachfrage aufgrund zollvergünstigter Einfuhr von Palmöl in die Schweiz noch verstärkt würde. Gemäss dem UNO-Umweltprogramm ist der Anbau von Ölpalmen der wichtigste Grund für den Raubbau am Regenwald in Malaysia. Damit einher gehen oft Menschenrechtsverletzungen an der Lokalbevölkerung, die von ihrem Land vertrieben wird. Allein im malaysischen Bundesstaat Sarawak sind 80 Landrechtsfälle dokumentiert, in denen Dorfgemeinschaften Palmölfirmen verklagt haben. Dazu kommen wiederholte Arbeitsrechtsverletzungen auf den industriell bewirtschafteten Plantagen, die bis hin zu Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft reichen.

Bedrohung des heimischen Ölsaatenektors

Bereits heute deckt malaysisches Palmöl beinahe die Hälfte des gesamten Palmölimports in die Schweiz ab, nachdem er sich in den letzten fünf Jahren vervierfacht hat. Mit einem Zollabbau

im Rahmen des Freihandelsabkommens für solcherart produziertes Palmöl würde besonders der Schweizer Rapsanbau weiter unter Druck geraten. Dies würde die erfolgreiche Erschliessung neuer Marktsegmente für Rapsöl gefährden, die die vom Bund unterstützte Entwicklung von neuen Sorten ermöglichte. Ausserdem ist Raps eine wichtige Kulturpflanze in der landwirtschaftlichen Fruchtfolge.

Gesundheitsgefährdung für KonsumentInnen

Ein weiterer Importanstieg von Palmöl aufgrund freihandelsbedingter Zollpräferenzen ist auch aus Konsumentensicht unerwünscht. Wegen seines hohen Gehalts an gesättigten Fettsäuren wird Palmöl mit einem erhöhten Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen

in Verbindung gebracht. Gleichzeitig verfügt Rapsöl über einen hohen Gehalt an gesunden ungesättigten Fettsäuren und ist so die wichtigste einheimische Quelle für die lebensnotwendigen Omega-3-Fettsäuren.

Die Koalition aus bäuerlichen, KonsumentInnen-, Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen ist sich einig, dass die Produktionsbedingungen von malaysischem Palmöl inakzeptabel sind. Entsprechende Zollsenkungen im Rahmen des Freihandelsabkommens dürfen erst gewährt werden, wenn ein griffiges Nachhaltigkeitskapitel ausgehandelt ist und Malaysia die vom Schweizer Parlament geforderten internationalen Menschenrechtsstandards und Kernarbeitsnormen ratifiziert hat.

Uniterre, Bruno Manser Fonds (BMF), Brot für alle, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), Fédération romande des consommateurs (FRC), Schweizerischer Getreideproduzentenverband (SGPV), Schweizer Bauernverband (SBV)

Kontakte Sektionen

Zürich: Samuel Spahn
spahn.s@bluewin.ch
076 512 75 55

Nordwestschweiz: Florian Buchwalder, flobass@gmx.ch
079 470 70 48

Schweiz: Ulrike Minkner
u.minkner@uniterre.ch
032 941 29 34

Büürinne und Buure-Brunch von Uniterre

Ein geselliger Anlass für lokale AkteurInnen für kurze Distanzen, biologische, mit Herz hergestellte Lebensmittel und kollektive Lebensweisheiten.

Samstag, 30. April, 9.30 Uhr bis 11.30 Uhr, Kasernenareal/Glaspalast in Zürich, Anmeldung erwünscht an brunch@uniterre.ch
Danke!

Saatgutkarawane

3-12 Juni 2016: D/CH/FR
3 Tage Seminar und 7 Tage Reise von Saatgutinitiativen zu Betrieben, von Hof zu Hof quer durch Süddeutschland, Schweiz und Frankreich!

AGENDA

TREFFEN UNITERRE DEUTSCHSCHWEIZ

Nach dem erfolgreichen ersten Treffen von Uniterre-Deutschschweiz vom 9. März, möchten wir Euch herzlich einladen mit uns

am Mittwoch, 27. April von 11.00 bis 15.00 die Abstimmungskampf voranzutreiben.

Knapp 20 Mitglieder und SympathisantInnen von Uniterre haben am letzten Treffen teilgenommen und engagiert diskutiert.

Die Sitzung findet neu an der Florastrasse 21 in Olten statt.

www.uniterre.ch
www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Einladung GV Uniterre

Die Generalversammlung von Uniterre findet am 22. April 2016 statt.

Von 10.00 bis 13.00, Yverdon, Café Le Tempo, quai de la Thièle 3
5min vom P+R Bahnhof entfernt

1. Protokoll GV vom 27.3.2015
2. Bericht Präsidium
3. Bericht des Sekretariats
4. Bericht Commission de gestion
5. Jahresrechnung 2015, Bericht der Revisoren
6. Budget 2016
7. Genehmigung: Berichte, Jahresrechnung, Budget
8. Perspektiven 2016-2017, Berichte aus den Arbeitsgruppen, Diskussion
9. Varia

APERRO